

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln	17.09.2012

Koelnmesse GmbH, Auskunftsersuchen der EU-Kommission wegen einer Beschwerde über mutmaßliche rechtswidrige staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem Verkauf und dem Neubau der Kölner Messehallen

Im Jahr 2007 hat sich die Europäische Kommission an die Bundesrepublik Deutschland gewandt und Fragen in Zusammenhang mit einer ihr vorliegenden Beschwerde über „mutmaßliche rechtswidrige Beihilfen im Zusammenhang mit dem Verkauf der alten Rheinhallen und Neubau der Nordhallen“ übermittelt. Die von der Kommission gestellten Fragen sind von der Stadt Köln, der Koelnmesse GmbH und der Sparkasse KölnBonn mit Schreiben vom 23. Juli 2007 ausführlich beantwortet worden.

Mit Schreiben vom 01. September 2010 hat die EU-Kommission der Bundesrepublik Deutschland weitere Fragen übersandt, deren Beantwortung mit Schreiben vom 30.11.2010 erfolgte.

Mit Schreiben vom 18.07.2012 teilt die Kommission nunmehr mit, dass *„auf Grundlage der vorliegenden Informationen die zuständigen Stellen der Generaldirektion Wettbewerb der Auffassung [sind], dass eine illegale staatliche Beihilfe im Zusammenhang mit dem Verkauf, Neubau und Vermietung der Kölner Messehallen nicht vorliegt und deshalb das Beschwerdeverfahren eingestellt wird“*.

Im obengenannten Schreiben führt die KOM weiter aus, dass *„mit Verweis auf das Schreiben der Stadt Köln an Koelnmesse GmbH vom 08.12.2003 [es handelt sich um den sogenannten Lol, in dem die Stadt ihre Bereitschaft zur Reduzierung der von der Koelnmesse zu zahlenden Miete erklärt hat, sofern das Unternehmen diese aus wirtschaftlichen Gründen nicht tragen kann] bestehen Bedenken, ob ein Beihilfetatbestand in Form einer unbeschränkten Garantie spätestens ab Aktivierung derselben vorliegen könnte. Die Kommission behält sich deshalb vor, diese Sachverhalt erneut zu prüfen, falls diesbezüglich Informationen den Kommissionsdienststellen zur Kenntnis gebracht werden.“*

Eine Kopie des Schreibens der Europäischen Kommission ist als Anlage beigefügt.

Es sind somit alle von der EU-Kommission im Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Messehallen eingeleiteten Verfahren eingestellt worden.

Der Ausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

In Vertretung
gez. Prof. Quander